

ten erzeugt.<sup>49</sup> Aber noch interagieren die Gewaltakteure auf vielfache Weise mit ihrem politischen und gesellschaftlichen Umfeld, registrieren Stimmungen in der Bevölkerung, reagieren auf staatliche Angebote, gehen taktische Allianzen ein, kurz: Von Autismus kann im Zusammenhang mit den Gewaltordnungen in Palästina nicht die Rede sein. Der hohe Politisierungsgrad der palästinensischen Gesellschaft bietet dagegen einen gewissen Schutz. Wenn ihr die Möglich-

keit einer tragfähigen Konfliktlösung als real erscheint, wird er den Gewaltordnungen das Wasser abgraben. Je länger sich allerdings die Zeitspanne hinzieht, in der kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen und Gewalt immer und überall präsent ist, umso größer wird ihre Anziehungskraft für eine Generation, die ohne Zukunftsperspektive ihr Leben gibt, um einmal – und sei es im Tod – von der Macht zu kosten.<sup>50</sup>

49 Vgl. Hans Joas, *Kriege und Werte. Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Weilerswist 2000, S. 280f.

50 Vgl. Christoph Reuter, *Mein Leben ist eine Waffe. Selbstmordattentäter – Psychogramm eines Phänomens*, München 2002, S. 204; ferner: Mark Juergensmeyer, *Terror in the Mind of God. The Global Rise of Religious Violence*, Berkeley 2000.

## Wer hat Angst vor George Soros?

Die Auseinandersetzung zwischen autoritären Machthabern und internationalen Organisationen in Zentralasien

Andrea Berg\*

**Abstract:** This article analyses relations between the rulers of the three Central Asian states, Uzbekistan, Kyrgyzstan and Kazakhstan, and international organisations such as the Open Society Institute and the Organization for Security and Cooperation in Europe. It undertakes to show how the rulers' behaviour patterns and strategies with regard to the activities of international organizations serve to maintain their hold on power. The article focuses especially on developments in Central Asia since the recent transfer of power in Georgia, which has been viewed with concern by leaders in Central Asia. It asks how this event could influence the forthcoming parliamentary and presidential elections in Central Asia.

**Keywords:** Zentralasien, Dynastien, Machterhalt, internationale Organisationen

Wer erinnert sich nicht an eines der bekanntesten Märchen der Gebrüder Grimm: Dornröschen. Nach der Geburt ihres ersten Kindes feiern König und Königin ein Fest, zu dem sie zwölf der dreizehn weisen Frauen des Landes einladen. Aus Wut über ihre Nichtbeachtung verwünscht die dreizehnte Frau das neugeborene Mädchen und verflucht es zu einem frühen Tod an seinem 15. Geburtstag durch den Stich einer Spindel. Obwohl eine andere der weisen Frauen diesen Fluch abmildert, bricht das Königspaar in Panik aus und lässt alle Spindeln im ganzen Reich verbieten. Wie das Märchen weitergeht, ist bekannt: Trotz Spindelverbot sticht sich Dornröschen an seinem 15. Geburtstag und fällt in einen hundertjährigen Schlaf. Soweit das Märchen.

Wirft man einen Blick auf die Beziehungen zwischen den Regierungen der fünf zentralasiatischen Staaten – Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekis-

tan – und diversen internationalen Organisationen, könnte man zu der Schlussfolgerung gelangen, dass die Präsidenten ähnlich wie der König in Dornröschen – seit einiger Zeit von panischer Angst verfolgt werden. Auslöser dieser Angst ist jedoch nicht der Fluch einer bösen Fee, sondern die politische Entwicklung in Georgien, wo die sogenannte »Rosenrevolution« im November 2003 zur Ablösung der damaligen Regierung und anschließenden Neuwahlen führte. Verschiedene Faktoren, die auf die Beteiligung internationaler Organisationen an diesem Ereignis hinwiesen<sup>1</sup>, veranlassten

1 Insbesondere dem Open Society Institut von George Soros wurden diese Vorwürfe gemacht. Ein Artikel in *The Globe and Mail* vom 26. November 2003 trug die Überschrift: »Georgia revolt carried mark of Soros«, Vgl. *The Globe and Mail*, 2003: Georgia revolt carried mark of Soros, 26.11.2004, >www.theglobeandmail.com<. In Interviews mit der BBC am 15. Dezember 2003 und einem russischen Fernsehsender am 1. Dezember 2003 erwähnte Eduard Schewardnadse jeweils den Namen George Soros im Zusammenhang mit dem Machtwechsel in Georgien und forderte eindringlich, dass der amerikanische Einfluss, wobei er sich ebenfalls eher auf Soros bezog, bei diesem Machtwechsel untersucht würde. Vgl. *BBC News*, 2003: Yesterday's man rues Georgian defeat, 15.12.2003, >www.bbc.co.uk< und vgl. *Pravda.Ru* 2003: Shevardnadze accuses Soros of organising a coup d'etat in Georgia, 01.12.2003, >www.english.pravda.ru.<

\* Dr. Andrea Berg, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

die zentralasiatischen Präsidenten, die in ihrem jeweiligen Land tätigen internationalen Organisationen strengeren Kontrollen zu unterwerfen, um solchen Machtwechseln vorzubeugen. Ähnlich dem König in Dornröschen versuchen sie, alle »Spindeln« zu vernichten oder sie zumindest unschädlich zu machen und akribisch zu überwachen.

Im vorliegenden Aufsatz soll das Verhältnis zwischen internationalen Organisationen und den Machthabern in den zentralasiatischen Staaten am Beispiel des Open Society Institutes der George Soros Foundation (OSI) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beleuchtet werden. Sein Anliegen ist dabei weniger theoretischer Natur. Vielmehr soll ein Muster von Handlungsweisen aufgezeigt werden, das die Präsidenten in Zentralasien gegenüber internationalen Organisationen benutzen, um ihre Macht zu erhalten. Das Hauptaugenmerk liegt auf den Entwicklungen nach dem Machtwechsel in Georgien und den potentiellen Auswirkungen auf die anstehenden Parlaments- und Präsidentenwahlen in Kasachstan, Usbekistan und Kirgisistan. Im ersten Teil wird auf die Szenarien möglicher künftiger Machtwechsel bzw. Machtübergaben in Zentralasien eingegangen. Das Verhältnis zwischen dem OSI und den Machthabern in den zentralasiatischen Staaten wird im zweiten Teil beleuchtet, gefolgt von einer Analyse der Beziehungen zwischen der OSZE und diesen Staaten im dritten Teil. Teil vier fasst zusammen.

## 1. Georgien oder Aserbaidshans als Vorbild?

In Gesprächen mit Vertretern internationaler und lokaler Organisationen in Zentralasien über die zukünftigen politischen Entwicklungen der einzelnen zentralasiatischen Staaten werden immer wieder zwei Szenarien heraufbeschworen, die sich entweder am so genannten »georgischen Modell« oder am sogenannten »aserbaidshanschen Modell« orientieren. In Georgien fanden im Herbst 2003 Parlamentswahlen, in Aserbaidshans Präsidentschaftswahlen statt. Während in Aserbaidshans die langfristig geplante Übergabe der Macht weitgehend problemlos erfolgte, trat in Georgien der Präsident nach andauernden Protesten im Nachgang der Wahlen, die seine Partei aufgrund von Wahlfälschungen zunächst gewonnen hatte, zurück. Was geschah konkret in den beiden Ländern?

Die aserbaidshanschen Präsidentschaftswahlen am 15. Oktober 2003 waren ein Novum in einem Staat, der früher Teil der Sowjetunion war. Erstmals trat hier ein Sohn die direkte Nachfolge seines Vaters als Präsident an. Der Machtwechsel war von langer Hand vorbereitet. In einem Verfassungsreferendum vom August 2002 wurde die Nachfolge für den Fall, dass der Präsident rechtsunfähig ist, neu geregelt. Unter der alten Verfassung hätte der Parlamentssprecher die Nachfolge angetreten. Der neuen Verfassung nach übernimmt der Premierminister, der direkt vom Präsidenten eingesetzt wird, alle Amtshandlungen. Konsequenterweise berief der damalige Präsident Haidar Alijew seinen Sohn Ilham im August 2003 zum Premierminister, der zwei Monate später zum neuen Präsidenten Aserbaidshans gewählt wurde. Diese

Entwicklung wurde in verschiedenen Zeitungen als »dynastische Nachfolge« oder »politische Dynastie« bezeichnet. Aber Aserbaidshans ist kein exotischer Einzelfall. In den zentralasiatischen Staaten bereiten sich gut ausgebildete und ökonomisch erfolgreiche Familienmitglieder darauf vor, die Nachfolge der heutigen Präsidenten anzutreten.

In Georgien hingegen kam es zu einer anderen Entwicklung. Nachdem die ersten Ergebnisse der georgischen Parlamentswahlen vom 2. November 2003 veröffentlicht worden waren, forderten Anhänger der Opposition bei Demonstrationen eine Wiederholung der Wahlen. Zwei Tag nach der Bekanntgabe der gültigen Wahlergebnisse am 20. November und nach wochenlangen Protesten stürmten Demonstranten am 22. November das Parlamentsgebäude und zwangen Präsident Eduard Schewardnadse zum Verlassen desselben. Am 23. November verkündete er seinen Rücktritt. Dem Open Society Institut wird vorgeworfen, Studenten und Vertreter der Opposition für Demonstrationen »geschult«, einen oppositionellen Fernsehsender, der für die Demonstrationen mobilisierte, unterstützt und die Studentenbewegung »Kmara«, welche die Straßenproteste anführte, finanziert zu haben.<sup>2</sup>

Wenige Tage nach den als »Rosenrevolution« oder »samtene Revolution« bekannt gewordenen Ereignissen, sandten sechs kirgisische Oppositionspolitiker einen Brief an die damalige georgische Übergangspräsidentin Nino Burdschanadse, in dem sie Georgien als Vorbild und Inspiration für kirgisische Demokraten bezeichneten.<sup>3</sup> Genau solche Aktivitäten dürften die Befürchtungen der Präsidenten in Zentralasien vor ähnlichen politischen Umstürzen im eigenen Land nicht ganz unerheblich schüren. Ungeachtet der Wahrscheinlichkeit eines Machtwechsel nach dem »georgischen Modell« in Zentralasien, scheinen die dortigen Machthaber vorbereitende Maßnahmen treffen zu wollen, um nicht das Schicksal ihres ehemaligen georgischen Amtskollegen zu erleiden. Deshalb haben sie begonnen, die Aktivitäten internationaler Organisationen einzuschränken, zu kontrollieren und stärker zu kritisieren, wie nach einem Blick auf die »dynastischen Potenziale« dieser Staaten gezeigt werden soll.

Der derzeitige Präsident des ölreichen Kasachstan ist Nursultan Nasarbajew, früherer Erster Sekretär der Kommunistischen Partei. Seiner Tochter Dariga Nasarbajewa gehört die private *Khabar* Mediengruppe. Ihr Ehemann Rachat ist kasachischer Botschafter in Wien. Im April 2003 gründete Dariga Nasarbajewa die politische Bewegung *Asar*, die im Oktober 2003 in eine politische Partei überführt wurde und am 19. September 2004 zu den Parlamentswahlen antrat. Als Parlamentsmitglied kann Dariga Nasarbajewa theoretisch zur Senatspräsidentin ernannt werden und käme damit als Nachfolgerin ihres Vaters in Frage, falls dieser sein Amt plötzlich nicht mehr ausüben kann. Da seit längerem US-Gerichte in Zusammenhang mit illegalen Geldtransfers und Bestechungen, die als »Kazakhgate« bekannt geworden sind, gegen Nasarbajew ermitteln, ist ein solches Szenario

2 Vgl. The Globe and Mail, 2003: Georgia revolt carried mark of Soros, 26.11.2004, >[www.theglobeandmail.com](http://www.theglobeandmail.com)<.

3 Vgl. Eurasianet, 2003b: Georgia events inspire Kyrgyz opposition, Georgia Daily Digest, 25.11.2003, >[www.eurasianet.org](http://www.eurasianet.org)<.

nicht ausgeschlossen. Dariga Nasarbajewa streitet bisher freilich alle Ambitionen auf die Präsidentschaft – zumindest für die Wahlen 2006 – ab. Wiederholt sagte sie, dass ihr Vater noch für mindestens 10 Jahre im Amt bleiben werde.<sup>4</sup>

Die Tochter des usbekischen Präsidenten Islam Karimow, Gulnora Karimowa, scheint ebenfalls politische Ambitionen zu hegen. Sie leitet eine große Unternehmensgruppe, zu der ein Mobiltelefonanbieter, eine Zementfabrik und mehrere Nachtclubs gehören. Nach der Scheidung von ihrem usbekisch-amerikanischen Ehemann Maksudi, heiratete sie im Sommer 2003 erneut. Unbestätigten Gerüchten zufolge ist ihr neuer Ehemann Außenminister Sadik Safajew. Seit 1997 arbeitete Gulnora Karimowa als politische Beraterin für das usbekische Außenministerium. 2003 wurde sie zur Beraterin für die usbekische Botschaft in Moskau ernannt, wohl um ihre politische Karriere weiter voranzutreiben. Da Gulnora Karimowa in den USA jedoch per Haftbefehl wegen Missachtung einer Sorgerechtsentscheidung durch ein US-Gericht gesucht wird, scheint ihre Kandidatur für die usbekischen Präsidentschaftswahlen 2007 recht unwahrscheinlich, obwohl die Gerüchte um den schlechten Gesundheitszustand ihres Vaters nicht enden wollen.<sup>5</sup>

In Kirgisistan hat die Ehefrau des jetzigen Präsidenten Askar Akajew, Mairam Akajewa politische Ambitionen. Sie kommt aus einem einflussreichen Clan, der den Goldbergbau und die Privatisierung des Landes überwacht, während der Clan des Präsidenten die Nationalbank und die Sicherheitskräfte kontrolliert.<sup>6</sup> Ende Mai 2003 publizierte Mairam Akajewa ein Buch mit dem Titel »Hope has no night. Letters by a president's wife«, das von lokalen Beobachtern als Beginn einer Imagekampagne bezeichnet wurde. In Meinungsumfragen, die das Forschungsinstitut *Sotsinformbureau* regelmäßig zum Einfluss und den politischen Aussichten bestimmter Personen durchführt, belegte Mairam Akajewa im Juni 2003 Platz drei hinter ihrem Ehemann und dem Vizepremier Dschoomart Otorbajew. Offiziell dementiert sie alle Absichten, Präsidentin zu werden, betont aber ihre Popularität.<sup>7</sup>

Verfolgt man die Diskussion um die Präsidentschaftswahlen 2005 in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek, wird man mit zwei Positionen konfrontiert: Zum einen werden Meinungen laut, dass Akajew abgelöst und durch einen anderen Präsidenten ersetzt werden müsse, der die Demokratisierung vorantreibe und wirtschaftlichen Wohlstand garantiere. Zum anderen wird gefordert, dass er oder seine Frau den Posten behalten sollen, da sie bereits alle ihre Angehörigen und Unterstützer mit Posten versorgt hätten. Ein neuer Präsident hingegen würde ein regelrechtes Personal- und Postenkarussell in Gang setzen, unter dem wieder nur die Bevölkerung zu leiden habe.

Bei einem Blick auf die oben skizzierten Situationen scheint es, dass die zentralasiatischen Staaten Dynastien anstelle von Demokratien aufbauen. Für den Fall, dass unter den eigenen Nachkommen oder innerhalb der Familie kein geeigneter Kandidat bzw. keine geeignete Kandidatin zu finden ist, deutet vieles darauf hin, dass die Präsidenten eine Nachfolgeregelung treffen und durchzusetzen versuchen werden. Bei der »Abwicklung« von Wahlen, die genau dieses Ziel und damit das »aserbajdschanische Modell« ansteuern, ist es demnach äußerst störend, wenn internationale Organisationen auf die Einhaltung von Wahlstandards pochen und im Vorfeld Seminare zum Thema Wahlen, Wahlbeobachtung und ähnliches abhalten. Deshalb soll in den folgenden beiden Abschnitten das Verhältnis der derzeitigen Machthaber zum OSI einerseits und der OSZE andererseits beleuchtet werden.

## 2. Das Open Society Institute in Zentralasien

Das OSI der George Soros Foundation ist seit Anfang der 1990er Jahre in den zentralasiatischen Staaten aktiv. Der kirgisische Ableger des OSI nahm 1993 seine Arbeit auf, der kasachische 1995, der usbekische 1996. Insbesondere in Kirgisistan bestehen ausnehmend gute Beziehungen zwischen dem Präsidenten Askar Akajew und dem Multimilliardär George Soros, der einer der Hauptförderer der Amerikanischen Universität Zentralasiens in Bischkek ist. Noch im Juni 2003 betonte Akajew anlässlich eines Soros-Besuches in Bischkek, dass dieser ein treuer Kamerad Kirgisistans sei und seine Ideen Eingang in die kirgistanische Gesellschaft gefunden hätten.<sup>8</sup> Ein Jahr später scheint dieses Statement keine Gültigkeit mehr zu besitzen, und die staatlichen Medien lancieren eine Art Kampagne gegen internationale Organisationen, die auch das OSI in Bischkek einschließt. So wirft die staatliche Tageszeitung *Slowo Kirgistan* am 3. Juni 2004 internationalen Organisationen vor, ein Interesse daran zu haben Massenunruhen zu provozieren, um dadurch die durch Wahlen legitimierten Autoritäten zu schwächen und eine von ausländischen Kräften abhängige Marionettenregierung installieren zu können.<sup>9</sup> Präsident Akajew verkündet wenige Tage später öffentlich, dass er keine Pläne habe, den Weg Präsident Eduard Schewardnadses zu gehen. Er konstatiert, dass internationale politische Praktiken, die eine »samtene Revolution« auslösen könnten, Anlass zu großer Besorgnis seien.<sup>10</sup>

Den usbekischen Präsidenten Islam Karimow verbindet eine enge Freundschaft mit dem früheren georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse.<sup>11</sup> Beide sind der Ansicht, dass die Aktivitäten des OSI zu stark die inneren Angelegenheiten ihres jeweiligen Landes tangieren. So teilte der Sprecher des usbekischen Außenministeriums im Frühjahr 2004 mit:

4 Vgl. Eurasia Insight, 2003: Wheels set in motion for dynastic transition in Kazakhstan, 16.09.2003, >www.eurasianet.org<.

5 Vgl. Pannier, Bruce 2003: Central Asia. President's daughters emerging as unlikely political forces in Kazakhstan, Uzbekistan, 24.09.2003, >www.rferl.org<.

6 Vgl. Collins, Kathleen, 2002: Clans, Pacts, and Politics in Central Asia. In: Journal of Democracy, Vol. 13, N° 3, July 2002: 146.

7 Vgl. Eurasianet, 2003a: Kyrgyzstan Weekly Report, 30.06.2003, >www.eurasianet.org<.

8 Vgl. The Times of Central Asia 2003: George Soros' voyage to Central Asia, 05.06.2003, >www.times.kg<.

9 Vgl. Institute for War and Peace Research, 2004: Reporting Central Asia, N° 296, 25.06.2004, >www.iwpr.net<.

10 Vgl. ebenda.

11 Vgl. The Associated Press, 2004 a: Uzbeks fear a Georgia-style revolution, 23.01.2004, >www.ap.org<.

»Da Soros nicht akkreditiert wurde, heißt das, dass die Aktivitäten der Stiftung in Usbekistan nicht erwünscht sind.«<sup>12</sup> Diese Aussage zog einen vorläufigen Schlussstrich unter einen Prozess, der am Anfang des Jahres 2004 begonnen hatte.

Am 27. Januar 2004 berichtete die Nachrichtenagentur *Centrasia*, dass alle internationalen und lokalen Nicht-Regierungsorganisationen (NROen) in Usbekistan sich bis zum 1. März 2004 beim Justizministerium registrieren lassen müssen. Die Registrierung beim Außenministerium sei danach nur noch für diplomatische Vertretungen und ausländische Regierungsorganisationen möglich. Der Sprecher des usbekischen Außenministeriums, Ilchom Sakirow, begründete diesen Schritt mit der Tatsache, dass seit 1999 die Zahl internationaler und lokaler NROen um das Zwölfwache gestiegen sei.<sup>13</sup> Diese Maßnahme der usbekischen Regierung wurde von internationalen Beobachtern übereinstimmend als Reaktion auf die Ereignisse in Georgien gewertet. Obgleich alle internationalen NROen davon betroffen waren, richtete sich der Beschluss doch in erster Linie gegen das OSI, das National Democratic Institute, das International Republican Institute und Freedom House und unterhöhlte ein bilaterales Abkommen von 1994, das die Registrierung US-amerikanischer NROen in Usbekistan erleichtern sollte.<sup>14</sup>

Nach einer einmonatigen Verlängerung der Registrierungsfrist bis Anfang April 2004 erhielt das OSI in Taschkent am 14. April 2004 vom Justizministerium den Bescheid, dass es nicht wieder registriert werden würde. Die Ablehnung der Registrierung wurde damit begründet, dass das OSI an den Universitäten Material verteilt habe, das den Inhalt und die Essenz der ökonomischen, öffentlichen und politischen Reformen in Usbekistan verzerre und die Regierungspolitik diskreditiere.<sup>15</sup> Mit dieser Entscheidung begab sich Usbekistan an die Seite Weißrusslands, das ebenfalls versucht, die Aktivitäten von Soros zu unterbinden. Am 19. April 2004 stellte das OSI seine Arbeit in Usbekistan vorläufig ein.

Die *de facto* Schließung des OSI in Taschkent ist nicht nur ein wichtiges Signal für die Einstellung der usbekischen Regierung gegenüber regimiekritischen internationalen NROen sondern hat insbesondere signifikante Auswirkungen auf die Arbeit lokaler NROen. Seit seinem Bestehen hat das OSI in Usbekistan etwa 22 Millionen Dollar ausgegeben, um Reformen in den Bereichen Bildung, Kultur, Gesundheit und ökonomische Entwicklung zu unterstützen und ist damit der größte private Geldgeber im Land.<sup>16</sup> Diese Gelder wurden zum großen Teil in (Kooperations-)Projekte mit lo-

kalen NROen investiert und trugen in hohem Maße dazu bei, dass diese finanziell überleben konnten. Bereits im ersten Quartal 2004 wurden erste Anzeichen eines »NRO-Sterbens« deutlich. Nach Aussagen einer Informantin aus NRO-Kreisen mussten nach dem Wegfall finanzieller Unterstützung durch das OSI allein im Ferghana-Tal bereits zehn lokale NROen ihre Arbeit einstellen.<sup>17</sup>

Aber nicht nur internationale NROen sind von den Maßnahmen der usbekischen Regierung betroffen. Anfang Februar 2004 etablierte die Regierung ein sogenanntes Finanzkomitee, um die Gelder, die von ausländischen Gebern an lokale NROen fließen, zu kontrollieren. Nachdem eine lokale NRO eine Finanzierungszusage durch eine ausländische Geberorganisation erhalten hat, »prüft« das Finanzkomitee der Regierung nochmals, ob die NRO tatsächlich förderungswürdig ist. Nach Aussagen der Vertreter lokaler und internationaler NROen wird damit versucht, Gelder in Regierungsorganisationen oder Quasi-Regierungsorganisationen umzuleiten. Alle lokalen NROen wurden darüber hinaus durch einen Beschluss des Ministerkabinetts am 4. Februar 2004 aufgefordert, ein Konto bei der Nationalen Außenwirtschaftsbank Usbekistans oder der *Asaka* Bank einzurichten und ihre anderen Konten zu schließen. Die offizielle Begründung für diese Maßnahme lautete, dass auf diese Weise zum einen ein besserer Überblick über die Gelder gewonnen werden könne, die ins Land fließen und zum anderen Geldwäsche verhindert werden könne.<sup>18</sup>

Eine weitere wichtige Maßnahme, die das Verhältnis zwischen der Regierung Usbekistans und internationalen Organisationen weiter verschärfte, war die Änderung des Artikels 157 »Hochverrat« des usbekischen Strafgesetzbuches im Rahmen einer Gesetzesänderung am 12. Dezember 2003. Der Straftatbestand des Hochverrates ist seitdem nicht mehr nur dann gegeben, wenn Staatsgeheimnisse an ausländische Staaten, sondern auch wenn sie an ausländische Organisationen oder ihre Vertreter verraten werden.<sup>19</sup> Über die Auslegung des geänderten Artikels 157 gibt es bisher keine Informationen. Vertreter internationaler Organisationen in Taschkent befürchten jedoch, dass mit Hilfe der Novellierung bei Bedarf Druck auf regimiekritische Organisationen bzw. Einzelpersonen ausgeübt werden kann.<sup>20</sup>

Die Führung in Taschkent hat mit all den genannten Maßnahmen eine deutliche Warnung an alle internationalen und lokalen NROen ausgesprochen. Seit dem Frühjahr 2004 können viele dieser Organisationen, insbesondere wenn sie eine politische Agenda haben, nur noch eingeschränkt aktiv werden. Im Vorfeld der anstehenden Parlamentswahlen am 26. Dezember 2004 sind ihnen die Hände praktisch gebunden. In Kasachstan und Kirgisistan sieht die Situation derzeit noch etwas entspannter aus. Aber wenn es

12 The Associated Press, 2004 b: Soros' Foundation Closes in Uzbekistan, 19.04.2004, >www.ap.org<.

13 Vgl. *Centrasia*, 2004: Minjust Uzbekistana provodit pereregistraciju predstavitel'stv NPO, 27.01.2004, >www.centrasia.ru<.

14 Vgl. *Nezavisimaya Gazeta* 2004b: Washington promises to rob Islam Karimov of Financial Aid. Scared by the Georgian Revolution, Uzbekistan imposes restrictions on NGO's activity, 27.01.2004, >www.ng.ru<.

15 Vgl. *Eurasia Insight*, 2004: Uzbek government closes down Open Society Institute Assistance Foundation in Tashkent, 18.04.2004, >www.eurasianet.org<.

16 Vgl. *Open Society Institute*, 2004: Uzbek government forces closure of local Soros Foundation, 18.04.2004, >www.soros.org<.

17 Interview der Autorin am 29. März 2004 in Taschkent.

18 Vgl. Beschluss N° 56 des Ministerkabinetts vom 4. Februar 2004 »Über Maßnahmen zur Verbesserung der Effektivität der Buchführung über finanzielle Zusagen für technische Unterstützung, Kredite und finanzielle Beihilfen, die von internationalen und ausländischen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen erhalten wird«.

19 Vgl. Gesetz N° 568 II vom 12. Dezember 2003 »Über Änderungen und Ergänzungen zu verschiedenen gesetzlichen Werken«.

20 Interviews der Autorin mit verschiedenen internationalen Organisationen im April 2004 in Taschkent.

darum geht, ihren Machterhalt zu sichern, haben auch in diesen Ländern die Machthaber ein wachsames Auge auf internationale Organisationen und sind bei Bedarf bereit, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen wie ihr usbekischer Amtskollege, worauf die oben zitierten Äußerungen aus der kirgisischen Tagespresse hindeuten. Im Moment beschränken sie sich jedoch auf verbale Attacken, wie im folgenden exemplarisch an den jüngsten Entwicklungen in den Beziehungen mit der OSZE gezeigt wird.

### 3. Die OSZE im Kreuzfeuer der Kritik

Russische Kritik an der OSZE ist nichts Neues.<sup>21</sup> Je näher die Wahlen in den zentralasiatischen Staaten rücken, desto lauter werden jedoch auch dort die Stimmen, die sich von einem Einfluss internationaler Organisationen, insbesondere der OSZE mit ihrem starken Fokus auf Wahlbeobachtungen, abzugrenzen versuchen. Am 10. Juni 2004 überraschte der kirgisische Präsident Akajew anlässlich einer UNESCO – Konferenz in Bischkek die internationale Gemeinschaft mit einer Rede, die einen neuen Kurs gegenüber den internationalen Organisationen andeutete. Eine Nachrichtenagentur zitierte ihn mit folgenden Worten: »Ausländische Reaktionen, die wenig mit lokalen Realitäten zu tun haben, werden oft als Einmischung in die inneren Angelegenheiten gesehen. Aber wir müssen das geduldig hinnehmen, insbesondere wenn sie [die Reaktionen] von einer Organisation mit der Autorität der OSZE kommen.«<sup>22</sup>

Ihren vorläufigen Höhepunkt fand die zentralasiatische Kritik an der OSZE am 3. Juli 2004. An diesem Tag unterzeichneten neun GUS-Mitglieder, darunter die vier zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan, eine Stellungnahme, in der sie die Arbeit der OSZE scharf kritisieren. Die Stellungnahme wurde auf der 514. Sitzung des Ständigen Rates der OSZE am 8. Juli 2004 verlesen und umfasst unter anderem folgende Punkte: Erstens wird der OSZE vorgeworfen, dass sie nicht in der Lage sei, sich den neuen Gegebenheiten einer veränderten Welt anzupassen. Zweitens befolge sie die Leitlinien ihrer eigenen Dokumente nicht vollständig, insbesondere Prinzipien wie die Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten und den Respekt für die Souveränität von Nationen. Drittens konstataren die unterzeichnenden Staaten ein Ungleichgewicht zwischen den drei Dimensionen der OSZE. Die menschliche Dimension habe im Vergleich zur militärisch-politischen und zur ökonomischen Dimension ein viel zu großes Gewicht. Viertens werden der Organisation Doppelstandards und selektive Herangehensweise vorgeworfen, da sie sich mit einigen ihrer Mitgliedstaaten weit mehr beschäftige als mit anderen und zudem die Eigenheiten bestimmter Nationen nicht respektiere. Als letzter Punkt werden die Feldaktivi-

täten der OSZE kritisiert, für welche die Organisation einen Großteil ihrer finanziellen Mittel aufwende. Nach Ansicht der unterzeichnenden Staaten seien die Feldaktivitäten insofern ineffektiv, als sie lediglich auf die Beobachtung der Menschenrechtslage und der Situation demokratischer Institutionen in einem Staat fokussieren statt den jeweiligen Autoritäten mit Hilfe und Beratung zur Seite zu stehen.<sup>23</sup>

Obwohl viele dieser Argumente von den einzelnen unterzeichnenden Staaten in den letzten Jahren in verschiedenen Kontexten immer wieder zu hören waren und daher keinen neuen Ansatz darstellen, ist dieses Statement doch in zweierlei Hinsicht von besonderer Bedeutung: Zum einen entstand es im Rahmen eines informellen Treffens der Präsidenten Armeniens, Kasachstans, Kirgisistans, Moldaus, der Russländischen Föderation, Tadschikistans, der Ukraine, Usbekistans und Weißrusslands in Moskau. Ein solches Treffen ist symptomatisch für die derzeitige politische Entwicklung in einigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die sich nach einer Dekade der Annäherung an den Westen nun wieder stärker an Moskau zu orientieren scheinen. Zum anderen ist das Statement Ausdruck eines gewachsenen Selbstbewusstseins einiger GUS-Staaten auf dem internationalen Parkett, das bereits seit einiger Zeit sichtbar wird.<sup>24</sup>

Während bisher vor allem Russland mit OSZE-kritischen Statements von sich reden machte, ist das gemeinsame Auftreten einer größeren Gruppe von GUS-Staaten ein Novum<sup>25</sup>. Es deutet darauf hin, dass sich die Gruppe der GUS-Staaten innerhalb der OSZE stärker formieren zu wollen scheint und zeigt deren zunehmende Frustration mit der Betonung der menschlichen Dimension durch die OSZE. Nur zwei GUS-Staaten, Aserbaidschan und Georgien, unterzeichneten das Papier nicht. Turkmenistan trat in Wien zumindest an der Seite der unterzeichnenden Staaten auf. Bemerkenswert ist, dass eine postulierte kollektive Identität bzw. kollektive Erfahrung als post-sowjetische Staaten scheinbar schwerer wiegt als tatsächliche Unzufriedenheit mit der Arbeit der Organisation. So erklärte der Presseberater des kirgisischen Präsidenten gegenüber Radio Free Europe/Radio Liberty, dass Kirgisistan im Prinzip keine Beschwerden über die OSZE habe, sich aber seinen Partnern innerhalb der GUS verpflichtet fühle und deshalb unterzeichnet habe.<sup>26</sup> Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass in Hinblick auf die näherrückenden Wahlen in mehreren Staaten die gemeinsame Sorge vor Kritik durch internationale Organisationen wie die OSZE zumindest für die kommenden Monate Differenzen zwischen diesen Staaten ausgleichen und den Einfluss der Moskauer Regierung in Zentralasien wieder stärken wird.

21 Anfang 2004 erregte ein Artikel von Michail Margelow, Vorsitzender des Komitees des Förderationsrates für internationale Angelegenheiten, in der Nezavisimaya Gazeta Aufsehen, in dem er den Aussenministerrat der OSZE als »Treffen gebildeter Alkoholiker« und die OSZE selbst als »Saftladen« und »Presslufthammer« bezeichnete. Vgl. Nezavisimaya Gazeta 2004a: Za em nužhna OBSE?, 19.01.2004, >www.ng.ru<.

22 Institute for War and Peace Research, 2004: Reporting Central Asia, N° 296, 25.06.2004, >www.iwpr.net<.

23 Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation: Statement by CIS Member Countries on the State of Affairs in the OSCE, Moscow, 03.07.2004.

24 In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, dass Kasachstan am 18. Februar 2003 öffentlich bekannt gegeben hat, den OSZE Vorsitz 2009 übernehmen zu wollen.

25 Es hatte allerdings bereits am 4. September 2003 ein Kritikpapier Kirgisistans, Kasachstans, Weißrusslands und der Russländischen Föderation an den OSZE Feldaktivitäten gegeben. Vgl. Delegations of Belarus, Kazakhstan, Kyrgyzstan and Russia, 2003: On the Issue of Reform of the OSCE field activities, 04.09.2003, unveröffentlichtes Dokument.

26 Vgl. Tomiuc Eugen, 2004: OSCE. Several CIS States rebuke democracy watchdog, 09.07.2004, >www.rferl.org<.

#### 4. Und wenn sie nicht (aus)gestorben sind, regieren sie noch heute

Ökonomische und politische Strukturen in Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan sind ineinander verfilzt und werden jeweils von einer einflussreichen »Familie« dominiert. Das wichtigste politische Ziel der autoritären Machthaber in den drei genannten Staaten ist Machterhalt. Um dieses Ziel zu erreichen, muss jeder von ihnen zum einen auf innere und zum anderen auf äußere Faktoren Rücksicht nehmen. So gilt es, im Inneren die Erwartungen der Bevölkerung entweder zu befriedigen oder unter Kontrolle zu halten und auf der internationalen Ebene, die jeweiligen nationalen Interessen zu vertreten.<sup>27</sup>

Die Bevölkerungen erwarten in Anlehnung an sowjetische Muster in erster Linie, dass die Machthaber für Stabilität und ein passables Auskommen sorgen. Solange dieser Zustand gewahrt bleibt, wird sich die Bevölkerung mit politischen Forderungen zurückhalten. Da ökonomische Reformen in allen drei Staaten nicht zu mehr Wohlstand für die Mehrheit der Bevölkerung, sondern zur Stärkung traditioneller Wirtschaftseliten geführt haben, ist die Unzufriedenheit der Bevölkerung jedoch in den letzten Jahren stark gestiegen.<sup>28</sup> Aus Sicht der Präsidenten wird der angestrebte Machterhalt durch die Arbeit internationaler Organisationen vor allen in Bereichen wie Demokratisierung, Aufbau der Zivilgesellschaft, Bildung etc. gefährdet. Durch diese Aktivitäten wird es immer schwieriger, die Erwartungen der Bevölkerung unter Kontrolle zu halten. Vielmehr lernt diese, ihrem

Unmut Ausdruck zu verleihen und stellt sowohl ökonomische als auch politische Forderungen an die Machthaber. Allerdings muss auch betont werden, dass der Kampf für Demokratie in allen drei Staaten vor allem das Projekt einiger Menschenrechtsaktivisten ist, an dem die Mehrheit der Bevölkerung wenig Anteil hat. Die Opposition ist zersplittert und es fehlt ihr an überzeugenden politischen Konzepten.

Auf internationaler Ebene »ruiniert« die Kritik internationaler Organisationen an schleppenden Reformen, Menschenrechtsverletzungen oder fehlender Demokratisierung das Ansehen der Präsidenten und schwächt dadurch gleichzeitig deren Machtposition im Innern. Zudem kann diese Kritik auch bilaterale Beziehungen zwischen bestimmten Staaten beeinflussen, wie die prompte und demonstrative Annäherung Usbekistans an Russland zeigte, nachdem die USA für 2004 18 Millionen US-Dollar finanzielle Unterstützung eingefroren hatten.<sup>29</sup>

Die in diesem Aufsatz skizzierten Entwicklungen zeigen deutlich, dass die Führungen in Astana, Bischkek und Taschkent bereits im Vorfeld der anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen jede mögliche Kritik an ihren Strategien zum Machterhalt durch externe Akteure unterbinden wollen. Die Frage bleibt offen, inwiefern die jeweilige Bevölkerung an einem Machtwechsel interessiert ist und sich unter den gegebenen Umständen bei den Wahlen verhalten wird. Dass ein Machtwechsel keinesfalls notwendigerweise eine Verbesserung ihrer Situation zur Folge hätte, ist ihnen nach mehr als einer Dekade »Unabhängigkeit« nur zu deutlich bewusst.

27 Vgl. Hale, Henry, 1994: Islam, State-building and Uzbekistan foreign policy, In: Ali Banuazizi and Myron Weiner (eds.): The new geopolitics of Central Asia and its Borderlands. Bloomington 1994: 139.

28 Während Ende der 1990er Jahre in Usbekistan nur in den seltensten Fällen und in sehr privatem Rahmen Kritik an Islam Karimow zu hören war, sind kritische Äußerungen derzeit mehr oder weniger offen auf der Straße zu hören.

29 Am 13. Juli 2004 gab das US Außenministerium bekannt, dass Usbekistan die Kriterien zum Erhalt finanzieller Hilfe in Höhe von 18 Millionen US-Dollar für das Jahr 2004 nicht erfülle. Die Entscheidung wurde mit fehlenden Fortschritten im Demokratisierungsprozess begründet und von internationalen Menschenrechtsorganisationen als Schritt in die richtige Richtung gewertet. Gleichzeitig signalisierte Washington jedoch sein ungebrochenes Interesse an einer engen Kooperation mit Usbekistan und bekräftigte sein Interesse an der Region. Vgl. US Department of State, 2004: Secretary of State decision not to certify Uzbekistan, 13.07.2004, >www.state.gov<.